

„Die Situation ist beherrschbar“

Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld ist ein Euro-Optimist. Seine Lösung für die aktuellen Probleme: mehr Macht für die Europäische Union. Das hört man von Ökonomen nur noch selten

Von Malte Conradi

München – Gelassen ist der Mann, zuversichtlich sogar, und das angesichts der tiefen Krise, in der Europa und seine Währung stecken. „Die Situation ist beherrschbar“, sagt Werner Weidenfeld – und das klingt in den Worten eines Ökonomen provozierend. Insbesondere wenn dieser Ökonom Hans-Werner Sinn heißt

MÜNCHNER SEMINARE

und regelmäßig warnt, die aktuelle Krise drohe den Euro zusammenbrechen zu lassen und werde dem Kontinent schweren Schaden zufügen. Weidenfeld weiß das, beinahe schon spitzbübisch freut er sich auf den Schlagabtausch bei diesen „Münchener Seminaren“, einer gemeinsamen Reihe des Ifo-Instituts und der *Süddeutschen Zeitung*.

Den versammelten Unternehmern und Ökonomen bringt Weidenfeld eher Ungeohntes zu Gehör. Der Politikwissenschaftler und Berater von Kanzlern und Präsidenten ist ein intimer Kenner des politischen Europa. Weidenfeld hat die gesamte rund 2500-jährige europäische Geschichte mit all ihren Kriegen und Tiefpunkten im Blick – das gibt ihm beim

Blick auf die aktuelle Krise Gelassenheit. Und natürlich weiß der selbstbewusste Weidenfeld auch, wie sich die Probleme lösen lassen. Während andere von einer Rückkehr zur D-Mark sprechen oder von einem Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion, muss es für ihn in die entgegengesetzte Richtung gehen: mehr Europa, mehr Kompetenzen für Brüssel.

Nur würde Weidenfeld es nie so ausdrücken, denn er weiß, was für einen negativen Klang diese Phrasen inzwischen haben. Lieber sagt er: „Europa ist der einzige Raum, in dem die Währung auf einen wirksamen politischen Gestaltungsrahmen verzichten muss. Das funktioniert aber nur in Schönwetterzeiten, und die sind jetzt vorbei.“ Das heißt im Klartext: Zur Rettung des Euro muss eine europäische Zentralregierung eingreifen können in die nationalen Haushalte, sie muss darauf achten, dass Regeln eingehalten werden, und Verstöße sanktionieren. Die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung braucht eine gemeinsame europäische Politik.

Diese Position treibt Kollegen Sinn – beide Professoren lehren an der LMU München – aufs Podium. Ein extrem gefährlicher Gedanke sei das, ruft er, zu glauben, ökonomische Probleme ließen

sich politisch lösen. „Vielleicht gibt es gar keine Lösung mehr für unsere Probleme, aber politisch ist sie bestimmt nicht.“ Der einzig wirksame Anreiz zur Haushaltsdisziplin seien schließlich die besseren Zinskonditionen für Länder, die ihre Budgets im Zaum halten, wieder-

holt Sinn sein bekanntes Argument. Würden die Zinsen aber durch die Politik niedrig gehalten, animiere das die schwächeren Länder weiterhin zum Schuldenmachen anstatt zum Sparen. „Vielleicht sollten wir also einen Schritt zurück machen und sehen, ob wir nicht eher zu viel

als zu wenig Integration haben.“ Ganz falsch, findet Weidenfeld: „Nur die Politik kann heute Regeln setzen, die verhindern, dass die Misswirtschaft in einigen Staaten weitergeht. Wir leben doch in einer Welt, die politisch geordnet ist.“ Und nach einem Innehalten – schließlich sind es Ökonomen, vor denen er hier spricht – schiebt er nach: „Bei allen Freiheiten für den Markt.“ Würden die europäischen Institutionen jedoch nicht endlich befähigt, kraftvoll zu regieren, „dann taumeln wir von einer Krise in die nächste“.

Das zu verhindern, auch da kann Weidenfeld beruhigen, sei gar nicht so schwer. „Ich empfehle einen Blick in den Vertrag von Lissabon. Da steht alles drin, was wir brauchen.“ Welche Maßnahmen das jenseits einer zentralisierten Finanzpolitik denn genau sein sollen, darüber bleibt er im Ungenauen. Immerhin so viel: Auch eine differenzierte Integration, also das Voranschreiten einiger Euro-Staaten kann Weidenfeld sich vorstellen. Natürlich, das gibt der Politikwissenschaftler zu, sei es der EU auch in der Vergangenheit nicht gelungen, ihre Regeln durchzusetzen und für Ausgaben- disziplin in allen Mitgliedsstaaten zu sorgen. Der Stabilitätspakt wurde nicht ernst genommen. Zur Staatsschuldenkrise wäre es sonst ja auch nie gekommen.

Doch anders als Sinn glaubt Weidenfeld, dass die europäische Finanzpolitik nun auf dem richtigen Weg ist: „Der Lernprozess wird fortgesetzt.“ Und das kann Weidenfeld sogar belegen. So sei aus der informellen Zusammenarbeit der europäischen Finanzminister vor zwei Jahren mit dem Vertrag von Lissabon endlich eine formalisierte geworden. Und als es nicht mehr zu übersehen war, dass die von Griechenland an die EU gemeldeten Haushaltsdaten nicht ganz der Realität entsprachen, habe man Brüssel endlich die Möglichkeit eingeräumt, eigene Daten zu erheben. Die Beispiele sollen zeigen: „Wir müssen die alten Fehler nicht wiederholen.“

Da kann Gastgeber Sinn sich nicht helfen, es treibt ihn noch einmal ans Mikrofon: „Es reicht jetzt nicht, dafür zu sorgen, dass sich die Krise nicht wiederholt“, sagt er, „Erst einmal müssen wir die aktuelle Krise lösen.“ Doch Weidenfeld bleibt dabei: „Die Situation ist beherrschbar.“ Diese wie alle anderen in den vergangenen 2500 Jahren.

Die Münchener Seminare sind eine Gemeinschaftsveranstaltung der CESifo Group und der Süddeutschen Zeitung. Nähere Informationen im Internet: www.cesifo-group.de/mucsem



Der Politikwissenschaftler und der Ökonom, heftig uneinig über die Zukunft Europas: Werner Weidenfeld (links) und Hans-Werner Sinn. Foto: Romy Bonitz

„Die Situation ist

Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld ist ein Euro-Optimist. Seine Lösung für die aktuellen Probleme

Von Malte Conradi

München – Gelassen ist der Mann, zuversichtlich sogar, und das angesichts der tiefen Krise, in der Europa und seine Währung stecken. „Die Situation ist beherrschbar“, sagt Werner Weidenfeld – und das klingt in den Worten eines Ökonomen provozierend. Insbesondere wenn dieser Ökonom Hans-Werner Sinn heißt

MÜNCHNER SEMINARE

und regelmäßig warnt, die aktuelle Krise drohe den Euro zusammenbrechen zu lassen und werde dem Kontinent schweren Schaden zufügen. Weidenfeld weiß das, beinahe schon spitzbübisch freut er sich auf den Schlagabtausch bei diesen „Münchener Seminaren“, einer gemeinsamen Reihe des Ifo-Instituts und der *Süddeutschen Zeitung*.

Den versammelten Unternehmern und Ökonomen bringt Weidenfeld eher Ungeohntes zu Gehör. Der Politikwissenschaftler und Berater von Kanzlern und Präsidenten ist ein intimer Kenner des politischen Europa. Weidenfeld hat die gesamte rund 2500-jährige europäische Geschichte mit all ihren Kriegen und Tiefpunkten im Blick – das gibt ihm beim

Blick auf die aktuelle Krise Gelassenheit. Und natürlich weiß der selbstbewusste Weidenfeld auch, wie sich die Probleme lösen lassen. Während andere von einer Rückkehr zur D-Mark sprechen oder von einem Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion, muss es für ihn in die entgegengesetzte Richtung gehen: mehr Europa, mehr Kompetenzen für Brüssel.

Nur würde Weidenfeld es nie so ausdrücken, denn er weiß, was für einen negativen Klang diese Phrasen inzwischen haben. Lieber sagt er: „Europa ist der einzige Raum, in dem die Währung auf einen wirksamen politischen Gestaltungsrahmen verzichten muss. Das funktioniert aber nur in Schönwetterzeiten, und die sind jetzt vorbei.“ Das heißt im Klartext: Zur Rettung des Euro muss eine europäische Zentralregierung eingreifen können in die nationalen Haushalte, sie muss darauf achten, dass Regeln eingehalten werden, und Verstöße sanktionieren. Die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung braucht eine gemeinsame europäische Politik.

Diese Position treibt Kollegen Sinn – beide Professoren lehren an der LMU München – aufs Podium. Ein extrem gefährlicher Gedanke sei das, ruft er, zu glauben, ökonomische Probleme ließen

sich politisch lösen. „Vielleicht gibt es gar keine Lösung mehr für unsere Probleme, aber politisch ist sie bestimmt nicht.“ Der einzig wirksame Anreiz zur Haushaltsdisziplin seien schließlich die besseren Zinskonditionen für Länder, die ihre Budgets im Zaum halten, wieder-

ho-
de:
nie
ch-
ma
sol
ch-



Der Politikwissenschaftler und der Ökonom Europas: Werner Weidenfeld (links) und Hans-Werner Sinn (rechts).

st beherrschbar“

len Probleme: mehr Macht für die Europäische Union. Das hört man von Ökonomen nur noch selten

holt Sinn sein bekanntes Argument. Würden die Zinsen aber durch die Politik niedrig gehalten, animiere das die schwächeren Länder weiterhin zum Schuldenmachen anstatt zum Sparen. „Vielleicht sollten wir also einen Schritt zurück machen und sehen, ob wir nicht eher zu viel

als zu wenig Integration haben.“ Ganz falsch, findet Weidenfeld: „Nur die Politik kann heute Regeln setzen, die verhindern, dass die Miswirtschaft in einigen Staaten weitergeht. Wir leben doch in einer Welt, die politisch geordnet ist.“ Und nach einem Innehalten – schließlich sind es Ökonomen, vor denen er hier spricht – schiebt er nach: „Bei allen Freiheiten für den Markt.“ Würden die europäischen Institutionen jedoch nicht endlich befähigt, kraftvoll zu regieren, „dann taumeln wir von einer Krise in die nächste“.

Das zu verhindern, auch da kann Weidenfeld beruhigen, sei gar nicht so schwer. „Ich empfehle einen Blick in den Vertrag von Lissabon. Da steht alles drin, was wir brauchen.“ Welche Maßnahmen das jenseits einer zentralisierten Finanzpolitik denn genau sein sollen, darüber bleibt er im Ungenauen. Immerhin so viel: Auch eine differenzierte Integration, also das Voranschreiten einiger Euro-Staaten kann Weidenfeld sich vorstellen. Natürlich, das gibt der Politikwissenschaftler zu, sei es der EU auch in der Vergangenheit nicht gelungen, ihre Regeln durchzusetzen und für Ausgaben- disziplin in allen Mitgliedsstaaten zu sorgen. Der Stabilitätspakt wurde nicht ernst genommen. Zur Staatsschuldenkrise wäre es sonst ja auch nie gekommen.

Doch anders als Sinn glaubt Weidenfeld, dass die europäische Finanzpolitik nun auf dem richtigen Weg ist: „Der Lernprozess wird fortgesetzt.“ Und das kann Weidenfeld sogar belegen. So sei aus der informellen Zusammenarbeit der europäischen Finanzminister vor zwei Jahren mit dem Vertrag von Lissabon endlich eine formalisierte geworden. Und als es nicht mehr zu übersehen war, dass die von Griechenland an die EU gemeldeten Haushaltsdaten nicht ganz der Realität entsprachen, habe man Brüssel endlich die Möglichkeit eingeräumt, eigene Daten zu erheben. Die Beispiele sollen zeigen: „Wir müssen die alten Fehler nicht wiederholen.“

Da kann Gastgeber Sinn sich nicht helfen, es treibt ihn noch einmal ans Mikrofon: „Es reicht jetzt nicht, dafür zu sorgen, dass sich die Krise nicht wiederholt“, sagt er, „Erst einmal müssen wir die aktuelle Krise lösen.“ Doch Weidenfeld bleibt dabei: „Die Situation ist beherrschbar.“ Diese wie alle anderen in den vergangenen 2500 Jahren.

Die Münchener Seminare sind eine Gemeinschaftsveranstaltung der CESifo Group und der Süddeutschen Zeitung. Nähere Informationen im Internet: www.cesifo-group.de/mucsem



Ökonom, heftig uneinig über die Zukunft und Hans-Werner Sinn. Foto: Romy Bonitz